

Gewerkschaftsführer diese gemeinsamen Beschlüsse verrieten und mit der Sprengung der Interzonenkonferenzen die imperialistische Spaltungspolitik unterstützten, hat der FDGB diese Beschlüsse voll verwirklicht.

In den Westzonen führte die Arbeiterklasse in dieser Zeit viele Aktionen gegen den Hunger und die Konkurrenzdemontagen durch. Auf diese Aktionen übte die KPD einen bestimmenden Einfluß aus. Sie erwies sich als die konsequenteste, vorwärtstreibende Kraft. Besonders im Ruhrgebiet entwickelte sich Anfang 1947 eine breite Bewegung. Am 3. April erreichte sie ihren Höhepunkt mit dem 24stündigen Streik von 334 000 Bergarbeitern fast aller Schachtanlagen, der von den Werkträgigen anderer Industriezweige durch Sympathiestreiks, Demonstrationen und Kundgebungen unterstützt wurde. Im Kampf um die demokratische Umgestaltung des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens entwickelten sich gegen den Widerstand der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften bestimmte Formen der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Das fand vor allem seinen Ausdruck in gemeinsamer Gewerkschaftsarbeit, in der gemeinsamen Bildung von Betriebsräten, im Kampf für eine demokratische Selbstverwaltung in den Gemeinden und um eine konsequente Durchführung der Entnazifizierung sowie in den Forderungen nach Entmachtung der Konzernherren. In diesen Kämpfen zeigte sich, daß auch die Arbeiter und andere Werkträgigen der Westzonen für die demokratischen Ziele eintraten, die in den programmatischen Dokumenten der SED zur Voraussetzung für die Schaffung einer einheitlichen demokratischen deutschen Republik erklärt worden waren.

Als Resultat dieser Kämpfe, im Ergebnis der parlamentarischen Tätigkeit der KPD und anderer fortschrittlicher Kräfte und unter dem Einfluß der demokratischen Errungenschaften in Ostdeutschland wurden auch in einer Reihe von Ländern der westlichen Besatzungszonen Gesetze über die Überführung der Betriebe des Monopolkapitals in Gemeineigentum und die Durchführung einer Bodenreform durchgesetzt sowie einige demokratische Freiheiten errungen (Gesetz zur Überführung des Kohlenbergbaus in Gemeineigentum in Nordrhein-Westfalen, Artikel 41 der hessischen Verfassung, Bodenreformgesetze zum Beispiel in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Betriebsrätegesetze in Bremen, Hessen, Württemberg-Baden). Die Durchführung dieser Gesetze wurde durch die Besatzungsmächte und durch die von der deutschen Großbourgeoisie beherrschten Zonenverwaltungen verhindert.

Die KPD zog als einzige Partei in den Westzonen die Lehren aus Faschismus und Krieg. Die Kommunisten gingen beispielhaft voran, als es galt, die